

**Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)**

- (A) nen Deutschland. Sie verdienen unseren Dank und unsere volle Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat der Kollege Dr. Hans-Peter Bartels von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer differenzierten Debatte ist es wichtig, über Gemeinsamkeiten und über Unterschiede zu reden. In den Fragen der äußeren Sicherheit unseres Landes suchen wir Sozialdemokraten so viel Konsens wie möglich, aber wir müssen auch vor Fehlentwicklungen aus unserer Sicht warnen und Alternativen vorschlagen.

Es hat keinen Sinn, mit jedem Regierungswechsel die Bundeswehr ganz neu zu erfinden. Die Bundeswehr, die Soldatinnen und Soldaten sowie die Zivilbeschäftigten brauchen Kontinuität. Deshalb war es schlecht, dass Ihr Vorgänger, Herr Minister, Hals über Kopf eine Bundeswehrreform angekündigt hat, ohne dass die vorherige schon abgeschlossen war und ohne zu wissen, wohin er überhaupt will. Das hat Vertrauen kaputtgemacht. Darunter leidet die Reform jetzt noch.

- (B) Sie hätten eine europäische Perspektive entwickeln müssen: Was sollen deutsche Streitkräfte in Europa können? Was können die Partner machen? Wo sind unsere Schwerpunkte? Das ist unterblieben, und das ist teuer.

Deshalb haben wir künftig immer noch eine Universalarmee, die fast alles können soll, nur eben mit immer weniger Personal. Wir begrüßen, dass Sie unter diesen Umständen die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung jedenfalls nicht aufgegeben haben. Ihr Vorgänger hat das prüfen lassen.

Wir wollen keine Bundeswehr, die eine reine Expeditionsarmee wäre. Es ist deshalb richtig, dass das Heer weiter in Divisionen und Brigaden gegliedert ist. Auch den Rückgriff auf gekaderte Verbände halten wir für richtig.

Ob allerdings Deutschland und Europa auf lange Sicht die Stärkung der deutschen Infanterie brauchen, wage ich zu bezweifeln. Das ist Ausfluss Ihrer ganz aktuellen Afghanistan-Politik. Hier wird der gegenwärtig schwierigste Einsatz zum Modell für die Zukunft der Bundeswehr. Damit wäre ich vorsichtig. Wenn Ihre neue Infanteriestärke eines Tages hergestellt sein wird, ist hoffentlich der Einsatz kämpfender Truppen in Afghanistan Geschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Genau über diese Zukunft des Landes in eigener Verantwortung berät in wenigen Tagen die internationale Afghanistan-Konferenz in Bonn. Wir wünschen uns, dass der Übergang gelingt.

(C) Wir begrüßen, dass die Führungsstrukturen der Teilstreitkräfte schlanker werden. Aus je drei Stäben wird jeweils einer – das war überfällig.

Verglichen mit anderen Teilstreitkräften schrumpft unsere schon kleine Marine am wenigsten, die Luftwaffe am stärksten. Dafür gibt es gute Gründe. Aber es hätte auch gute Gründe für eine stabile oder sogar leicht aufwachsende Marine gegeben. Nach den Einsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan wird sie immer noch ein wesentlicher Träger der Auslandseinsätze unserer Bundeswehr sein. Ihre Bedeutung nimmt eher zu. Hier hätten Sie einen Schwerpunkt setzen können.

(Beifall des Abg. Ingo Gädechens [CDU/CSU])

– Die Marinefraktion versteht, was gemeint ist.

Über den freiwilligen Wehrdienst haben wir schon einige Male diskutiert. Ich bleibe dabei: Mit diesem Dienst ist es Ihnen nicht ernst. Im Haushalt 2012 sind – das erkennt man, wenn man genau hinschaut – keine 15 000, sondern nur 12 500 Dienstposten für freiwillig Wehrdienstleistende reserviert. Sie fangen schon an, den Dienst wegzusparen. Das ist keine große Strategie der Freiwilligkeit, das ist kleinmütig.

Wo wir Ihnen vor allem energisch widersprechen müssen, Herr Minister, ist Ihr Umgang mit den Zivilbeschäftigten. Hier haben Sie eine Strategie, und diese heißt Outsourcing:

(D) Outsourcing in andere Ressorts der Bundesregierung, Stichworte: Gebührenwesen und Travel Management. Die Mitarbeiter bekommen neue Türschilder. Frage: Was spart das? Es ist dann zwar nicht mehr der Einzelplan 14, aber immer noch der gleiche Bundeshaushalt, aus dem diese Bundeswehrangehörigen bezahlt werden müssen.

Outsourcing ans Militär, Stichwort: gemischte Verwaltungsämter. Wieder stellt sich die Frage: Spart das etwas, oder sollen hier nur verfassungsrechtliche Schranken eingerissen werden?

Outsourcing an die Wirtschaft. Das ist Outsourcing im klassischen Sinn. Wenn Sie einen von zwei Marinearsenalbetrieben schließen, wer macht dann die Arbeit? Die Marine wird ja bekanntermaßen und richtigerweise nicht halbiert. Also kürzen Sie auf lange Sicht bei den Personalkosten und schichten um zu Sachposten. Was spart das? Es wird teurer.

Ich warne vor Reformen um der Reform willen, Veränderungen um der Veränderung willen, Umzügen um des Umziehens willen. Wenn Sie nicht erklären können oder wollen, welchen Vorteil eine Veränderung hat, dann unterlassen Sie diese Veränderung.

Lassen Sie als Bundesregierung die Kommunen mit den Folgen von Arbeitsplatz- und Kaufkraftverlust in den betroffenen Regionen nicht allein. Sie haben angekündigt, hier etwas zu tun. Wir warten auf Vorschläge. Verkehrsminister Ramsauers Idee, aus Liegenschaftsverkäufen ganz schnell Geld dafür zu mobilisieren, kommt mir irgendwie bekannt vor. Die Erfahrungen damals waren ernüchternd. Verhandeln Sie lieber mit Ihren Kolle-

**Dr. Hans-Peter Bartels**

- (A) gen Schäuble und Ramsauer darüber, dass existierende Programme wie „Die soziale Stadt“ stärker und nicht schwächer ausgestattet werden! Machen Sie die vorhandenen Bundesprogramme nutzbar für die Konversionskommunen! Sorgen Sie für eine schnelle, preisgünstige Abgabe der Liegenschaften, am besten zunächst an die Kommunen selbst!

Suchen Sie das Gespräch mit den Beschäftigten und den Gemeinden! Lassen Sie uns bei der Umsetzung der Reform so viel Konsens wie möglich wahren! Sie haben gesagt, das Motto sei: Der Sack ist zu. Ich glaube, dass wir auch nach der heutigen Debatte sage können: Das Fass ist auf. – Und das ist keine Drohung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letzter Redner zu diesem Einzelplan hat nun das Wort der Kollege Dr. Reinhard Brandl von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der heute hier zur Debatte stehende Verteidigungshaushalt ist ein wichtiger Meilenstein bei der laufenden Reform der Bundeswehr. An ihm wird deutlich, dass wir als christlich-liberale Koalition es ernst meinen, wenn wir sagen, dass wir eine Bundeswehr aufstellen wollen, die strukturell besser auf ihre Aufgaben ausgerichtet ist, die für die Soldaten attraktiver ist, die besser ausgerüstet und die nachhaltig finanziert ist.

- (B)

Der Verteidigungshaushalt 2012 umfasst 31,87 Milliarden Euro. Im Vergleich: Im Jahr 2011 waren es 31,55 Milliarden Euro. Der Aspekt „nachhaltige Finanzierung“ wird erst recht deutlich, wenn man die mittelfristige Finanzplanung betrachtet: 2013: 31,35 Milliarden Euro, 2014: 30,95 Milliarden Euro, und 2015: 30,43 Milliarden Euro. Die Bundeswehr wird deutlich kleiner werden, aber die Finanzierung bleibt in etwa auf dem jetzigen Niveau. Dass uns das gelungen ist, ohne an anderer Stelle gegen die Einsparauflagen der Schuldenbremse zu verstoßen, zeigt die Bedeutung, die wir als Koalition einer gut ausgerüsteten und attraktiven Bundeswehr zumessen. Genau in diesem Sinne, lieber Herr Kollege Willsch, wurden ja in den parlamentarischen Beratungen weitere Verbesserungen für die Soldaten erzielt: bei den Planstellen, aber auch – Sie haben das Thema Munition angesprochen – bei der Ausrüstung. Dafür auch von meiner Seite herzlichen Dank!

Man kann, wenn man nicht in der Verantwortung steht, natürlich immer fordern, dass man an der einen oder anderen Stelle noch mehr hätte einsparen oder mehr hätte ausgeben müssen; in der heutigen Debatte hört man ja beides. Aber ich finde, mit diesem Haushalt ist es uns gelungen, eine vernünftige Balance zu finden, auch und vor allem im Sinne der Bundeswehr. Das ist insbesondere ein Verdienst des Verteidigungsministers Thomas de Maizière, der die Reform, die sein Vorgänger, Karl-Theodor zu Guttenberg, eingeleitet hat, in hervorragender Weise fortgeführt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2012 und die mittelfristige Finanzplanung sind aber nur ein Meilenstein in diesem Reformprozess. Wir sind noch lange nicht am Ziel. Viele strukturelle Probleme sind noch nicht gelöst. Ich denke hier – das ist heute bereits mehrfach angesprochen worden – zum Beispiel an den langwierigen Zulassungs- und Beschaffungsprozess, der dazu führt, dass Material entweder viel zu spät oder in einer Konfiguration und Stückzahl kommt, die sich längst überholt hat. Der Prozess bindet über viele Jahre hinweg Geld, das dann an anderer Stelle wieder fehlt, um die Bundeswehr mit dem zu versorgen und das zu beschaffen, was die Truppe heute viel dringender bräuchte. Hier bleibt noch viel zu tun.

Was bereits entschieden ist, ist das zukünftige Stationierungskonzept der Bundeswehr. Auch hier möchte ich dem Minister und all denjenigen, die das Konzept im Hintergrund vorbereitet haben, meinen höchsten Respekt aussprechen. Das Ergebnis und die Art und Weise, wie es vorbereitet worden ist, waren erstklassig. Ich sage das als jemand, der in seiner Heimat selbst von Standort-schließungen betroffen ist, der auch vor Ort danach gefragt wird und sie rechtfertigen muss. Ich weiß – ich kann da mit allen Kollegen mitfühlen –: Das ist nicht einfach. Aber verantwortungsvolle Politik darf nicht nach dem Motto vorgehen: Wasch mir den Pelz, aber mach mich bitte nicht nass.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Eine Verkleinerung der Bundeswehr bedeutet automatisch auch weniger Standorte. Wenn ich das Ergebnis insgesamt betrachte, stelle ich fest: Das Ziel, dass die Bundeswehr auch in Zukunft in der Fläche präsent bleibt, wurde weitestgehend erreicht.

(D)

(Beifall des Abg. Joachim Spatz [FDP])

Trotzdem gibt es Bereiche, die besonders hart getroffen wurden. Es geht jetzt darum, gemeinsam mit den betroffenen Kommunen und Regionen möglichst passgenaue Lösungen zu erarbeiten, damit sie den Weggang der Bundeswehr vor Ort möglichst angemessen kompensieren können.

In dem ganzen schwierigen Prozess, gerade bei der Vorbereitung der Stationierungsentscheidungen, gab es für mich persönlich immer wieder auch positive Momente. Diese positiven, erfreulichen Momente waren immer dann, wenn ich miterleben durfte, wie sich ganze Regionen – an der Spitze oft die Bürgermeister, aber auch viele Vereine und Menschen aus der Zivilgesellschaft – mit ihren Soldaten vor Ort solidarisiert und für deren Verbleib in der Region gekämpft haben. Dabei wurde nicht nur deren Bedeutung für die regionale Wirtschaftskraft betont. Herausgehoben wurden immer wieder auch die Leistungen, die die jeweilige Einheit, insbesondere im Einsatz, für unser Land erbringt. Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass es uns gelingt, die sichtbare Solidarität mit der Bundeswehr, die wir an vielen Orten erlebt haben, auch in der Zukunft in dieser Form aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)